

GdP-Wahlprüfsteine

zur



Landtagswahl 2017

CDU

1. Wie viel Polizei braucht Schleswig-Holstein?

1.1. Welche Vorstellungen haben Sie zur Entwicklung der Personalstärke in der Landespolizei a) bis 2022? b) und darüber hinaus?

1.2. Wie werden Sie Ihre Vorstellungen konkret umsetzen?

CDU

(Hinweis: Die Fragen 1.1. und 1.2. werden im Zusammenhang beantwortet):

Die CDU ist der Überzeugung, dass es einen deutlichen Personalaufbau bei der Landespolizei geben muss. Deshalb werden wir sicherstellen, dass die vollen Ausbildungskapazitäten der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung während der gesamten Legislaturperiode ausgeschöpft werden. Neben dem Ausgleich altersbedingter Abgänge wird hierdurch ein signifikanter Personalaufbau erreicht. In unserem Wahlprogramm haben wir daher 400 Einstellungen pro Jahr für die gesamte Legislaturperiode vorgesehen, sodass wir in diesem Zeitraum auf bis zu 700 zusätzliche Stellen und Köpfen in der Landespolizei kommen.

Anhand der Aufgabendichte in der Polizei und der zukünftigen Pensionierungszahlen wird frühzeitig zu prüfen sein, in welchem Umfang ein Stellenaufbau über das Jahr 2022 hinaus erforderlich ist.

2.) Welche Polizei braucht Schleswig-Holstein?

2. Welche Polizei braucht Schleswig-Holstein?

Wie stellen Sie sich vor diesem Hintergrund eine

a) moderne, b) motivierte, c) gut aus-und fortgebildete und d) gut ausgerüstete Polizei für alle Bürgerinnen und Bürger vor?

CDU

Eine leistungsfähige Landespolizei muss sich an den aktuellen Herausforderungen orientieren. Dabei muss sie sich darauf verlassen können, dass Politik und Gesellschaft hinter ihrem polizeilichen Auftrag stehen und ihr den Rücken stärken. Für die anstehenden Herausforderungen, von Terrorgefahren über Wohnungseinbrüche bis hin zur Bekämpfung der Alltagskriminalität, benötigen wir sowohl den Freund und Helfer Polizei als auch eine niedrigschwellig einschreitende Polizei, die konsequent unsere Werte- und Rechtsordnung durchsetzt. Dabei ist es für die CDU unerlässlich, dass die Landespolizei im Bereich der Nachwuchsförderung im Wettbewerb um die besten Köpfe konkurrenzfähig ist.

Die hohe Belastungssituation, die sich unter anderem in hohen Kranken- und Überstundenständen widerspiegelt, wirkt sich auf Dauer negativ auf die Motivation und die Leistungsfähigkeit der Bediensteten aus. Eine dauerhafte Überlastung der Polizistinnen und Polizisten darf es nicht geben. Es ist für uns zudem eine Selbstverständlichkeit, dass die Polizei über die notwendigen Ermittlungsinstrumente, insbesondere in der digitalen Welt, und eine gute Ausstattung verfügt. Dies gilt für nicht nur, aber insbesondere für Schutzausstattung und Bewaffnung.

Eine moderne Polizei darf keine reine Anrufpolizei sein. Der Kontakt zu den Menschen muss auch außerhalb von Einsätzen gewährleistet sein. Daher werden wir die Polizei wieder zu einem verlässlichen Partner in der Präventionsarbeit, insbesondere an unseren Schulen und Kindergärten, machen. Nur der enge Kontakt zur Bevölkerung sichert der Polizei dauerhaft das hohe Vertrauen, dass sie bei den Menschen genießt.

3. Taktische und organisatorische Struktur bzw. Schwerpunktsetzungen in der Landespolizei

3.1. *Wie und wo wollen Sie das Personal zukünftig einsetzen?*

a) *Vollzug* b) *Verwaltung* c) *Tarif*

3.2. *Wie wollen Sie insbesondere die maritime Sicherheit künftig sicherstellen?*



3.1) Die Aufgabe der Polizei ist es, für die Sicherheit der Menschen zu sorgen. Diese Aufgabe wird maßgeblich durch den Vollzugsdienst wahrgenommen. Deshalb muss hier der Schwerpunkt polizeilicher Arbeit liegen und hier das Personal vorrangig eingesetzt werden. Dennoch muss aus unserer Sicht stets geprüft werden, inwieweit für bestimmte Aufgabenfelder die Polizeivollzugsbeamteneigenschaft erforderlich ist. Die Tarifbeschäftigten in der Polizei dürfen nicht von der Entwicklung anderer Tarifbereiche abgekoppelt werden, sodass es einem schlüssigen Tarifentwicklungskonzept bedarf, das Perspektiven schafft und dringend benötigte Fachkräfte bindet.

Organisatorische Maßnahmen sind kein polizeilicher Selbstzweck, sondern sie haben sich an den Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten. Dabei gehören die Kriminalitätsdaten und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung für uns zusammen. Außerdem gilt für uns, dass sich das Maß der Sicherheit nicht nach dem Wohnort richten darf. Hierfür ist ein Mindestmaß an Ortsnähe zur Polizei erforderlich. Den von SPD, Grünen und SSW betriebenen Rückzug der Polizei aus der Fläche werden wir beenden.

3.2) Die CDU hat sich gegen den von der Landesregierung vorgenommenen Abbau bei der Wasserschutzpolizei ausgesprochen. Wir werden deshalb sehr genau prüfen, wie sich dieser Abbau auf die Gewährleistung der der maritimen Sicherheit ausgewirkt hat. Erforderliche Maßnahmen, etwa durch Personalumsteuerungen, werden wir vornehmen.

4. Verbesserung der Beförderungssituation, anforderungsgerechte Bezahlung und Verbesserung im Erschwerniszulagensystem

4.1. Welche Maßnahmen zur Verbesserung

a) der Beförderungssituation b) der anforderungsgerechten Bezahlung c) im Erschwerniszulagensystem

d) der Durchlässigkeit vom mittleren in den gehobenen Dienst im Polizei- und Justizvollzug wollen Sie ergreifen?

4.2. Wann beabsichtigen Sie die Wiedereinführung der echten Sonderzahlung/Weihnachtsgeld für Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger in Schleswig-Holstein?



4.1.

a) Die realistische Möglichkeit von Beförderungen ist ein wichtiger Faktor für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb werden wir sicherstellen, dass die sogenannten Stehzeiten verkürzt werden, sodass wir die Beförderungszeiten über die gesamte Legislaturperiode mit einem Volumen von 4 Millionen Euro verkürzen sowie den Personalhaushalt in Stellen und Budget stärken.

b) Für die CDU war es immer eine Selbstverständlichkeit, dass Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst der Länder zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Hieran werden wir strikt festhalten und damit verhindern, dass unsere Beamtinnen und Beamten von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Wir werden zudem sicherstellen, dass Polizistinnen und Polizisten in den, ihren Aufgaben entsprechenden Besoldungsgruppen eingruppiert werden.

c) Für uns ist es entscheidend, dass das System der Erschwerniszulagen einen realistischen Ausgleich der zusätzlichen Belastungen darstellt, die durch den Dienst zu ungünstigen Zeiten entstehen. Die notwendigen Veränderungsbedarfe werden wir in enger Kooperation mit den Interessenvertretungen der Polizei diskutieren und in Abstimmung mit den Personalräten der Polizei die erforderlichen Schritte ergreifen.

d) Wir befürworten ausdrücklich verbesserte Möglichkeiten für den Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst. Deshalb werden wir Maßnahmen ergreifen, um insgesamt die Durchlässigkeit zwischen allen Laufbahngruppen zu erhöhen. Die konkreten Schritte hierzu werden wir in enger Abstimmung mit den Vertreterinnen und Vertretern der Polizei vornehmen.

4.2.) Das Anliegen nach Wiedereinführung von Sonderzahlungen ist nachvollziehbar. Eine solche Entscheidung hat jedoch auch Konsequenzen für den Haushalt. Es gilt, diese zu ermitteln und gegenüber anderen politischen Zielsetzungen abzuwägen. Eine endgültige Entscheidung wird daher erst im Lichte der zukünftigen Haushaltsentwicklung zu treffen sein. Konstruktiven Gesprächen mit dem Ziel einer gemeinsamen Lösung stehen wir sehr offen gegenüber.

5. Gute und gesunde Arbeitsbedingungen und Entlastung in belastenden Dienstformen

5.1. *Wann beginnen Sie mit gesundheitsförderlichen Entlastungen durch Wochenarbeitszeitreduzierungen und Verkürzungsmöglichkeiten der Lebensarbeitszeit in belastenden Dienstformen?*

5.2. *Wie sieht Ihre Zielbeschreibung aus?*

5.3. *Welche weiteren Entlastungsmöglichkeiten sehen Sie?*

CDU

(Hinweis: Die Fragen 5.1. bis 5.3. werden im Zusammenhang beantwortet)

Die Einführung gesundheitsschonender Schichtmodelle ist uns ein Anliegen. Wir nehmen hierbei auch zur Kenntnis, dass der Schichtdienst nachweislich Beschäftigte mit zunehmendem Alter auch stärker gesundheitlich belastet. Zur Verbesserung der Situation sind verschiedene Modelle denkbar, die wir unter dem Vorbehalt der praktischen Umsetzbarkeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der Polizei diskutieren werden. Dies gilt im Übrigen auch für die Frage, wie Schichtmodelle mit dem Ziel, Familie und Beruf bestmöglich zu vereinbaren, optimiert werden können.

Weiterhin verfolgen wir das feste Ziel, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst die größtmögliche Flexibilität zu bieten und persönliche Lebensphasen stärker zu berücksichtigen. Deshalb werden wir Lebensarbeitszeitkonten einführen. In diesem Zusammenhang werden wir uns auch der Frage stellen, ob und wie sich besonders belastende Dienstzeiten im Schichtdienst verkürzend auf die Lebensarbeitszeit auswirken können.

6. Sicherung der Versorgung

6.1. Sprechen Sie sich auch für die Sicherung des Versorgungsniveaus aus?

6.2. Werden Sie sich ebenfalls für eine solche Forderung der GdP einsetzen bzw. sie unterstützen?

*6.3. Beabsichtigen Sie die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Stel-
lenzulagen für Beamtinnen und Beamte im Justizvollzugsdienst („Gitterzulage“)?*

CDU

(Hinweis: Die Fragen 6.1 bis 6.3 werden im Zusammenhang beantwortet)

Wir wollen nicht nur eine faire Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Landes gewährleisten, sondern den öffentlichen Dienst insgesamt attraktiver gestalten. Eine gute Versorgung ist aus Sicht der CDU ein wichtiger Bestandteil um diese Ziele zu erreichen. Unter einer CDU geführten Regierung wird es in diesem Bereich keine Einschnitte geben. Damit eine gute Versorgung auch mittel- und langfristig gewährleisten zu können, muss ausreichende Vorsorge getroffen werden. Hierfür ist der geplante Versorgungsfonds zwar ein richtiger Einstieg, aus Sicht der Union jedoch bei Weitem nicht auskömmlich.

Inwiefern Zulagen ruhegehaltsfähig sein können, ist nach Art und Grund der Zulage im Einzelfall zu prüfen. Eine eindeutige und allgemeingültige Aussage zu diesem Thema ist demnach zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

7. Justizvollzug

Wären Sie bereit, zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nach dem LStVollzG SH eine externe Analyse des tatsächlichen Personalbedarfs in den einzelnen Justizvollzugsanstalten des Landes zu veranlassen?

CDU

Ja. Wir haben in den letzten Monaten immer wieder deutlich gemacht, dass das aktuell verfügbare Personal in den Justizvollzugsanstalten nicht ausreicht, um die bestehenden Anforderungen zu erfüllen. Die permanent hohen Krankenstände und damit verbunden der dauerhafte Ausfall eines erheblichen Anteils des Personals sind hierfür maßgebliche Faktoren. Mit dem Inkrafttreten des von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Landesstrafvollzugsgesetzes erhöht den Aufgabendruck zusätzlich.

Die CDU-Fraktion hat im Landtag eine Initiative zur Durchführung einer Personalbedarfsanalyse ausdrücklich unterstützt. Diese ist jedoch an der Ablehnung von SPD, Grünen und SSW gescheitert.

Unabhängig von einer solchen Analyse werden wir Maßnahmen ergreifen, um die vollzuglichen Anforderungen mit den tatsächlichen personellen und räumlichen Möglichkeiten in Einklang zu bringen.